



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 27.04.2009

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 20:50 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 32 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele
Herr Stadtrat Aßfalg
Herr Stadtrat Braig
Herr Stadtrat Brenner
Frau Stadträtin Brunner
Frau Stadträtin Buttschardt
Herr Stadtrat Dr. Compter
Herr Stadtrat Deeng
Frau Stadträtin Drews
Herr Stadtrat Dullenkopf
Herr Stadtrat Etzinger
Frau Stadträtin Förg
Herr Stadtrat Funk
Herr Stadtrat Garlin
Herr Stadtrat Gehring
Frau Stadträtin Goeth
Herr Stadtrat Hagel
Frau Stadträtin Handtmann
Herr Stadtrat Herzhauser
Frau Stadträtin Kapfer
Herr Stadtrat Keil
Herr Stadtrat Kolesch
Frau Stadträtin Kübler
Herr Stadtrat Lemli
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding
Herr Stadtrat Pfender
Herr Stadtrat Rieger
Herr Stadtrat Späh

TOP 2 - TOP 6

bis TOP 7

Frau Stadträtin Vollmer bis TOP 9
Herr Stadtrat Weber
Herr Stadtrat Wiest
Herr Stadtrat Zügel

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen bis TOP 7
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait
Herr Buchmann, Kulturamt ab TOP 10
Frau Christ, Stadtplanungsamt
Herr Kopf, Hochbauamt
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg
Herr Bürgermeister Kuhlmann
Frau Leonhardt, Kämmereiamt
Herr Maucher, Umweltschutz
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg bis TOP 7
Herr Morczinietz, Amt für Bildung, Betreuung und Sport bis TOP 3
Herr Pfab, Dollinger-Realschule bis TOP 2
Frau Pfisterer, Rechnungsprüfungsamt
Herr Raumel, Stadtbücherei ab TOP 4
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer
Herr Schley, Mali-Hauptschule bis TOP 2
Frau Schumacher, Stadtbücherei ab TOP 4
Herr Simon, Hauptamt
Herr Walz, Gebäudemanagement
Herr Erster Bürgermeister Wersch

Sonstige:

ca. 35 Bürgerinnen und Bürger

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Bürgerfragestunde	
2.	Auslagerung von 3 Klassenzimmern der Dollinger-Realschule in die Mali-Hauptschule zum Schuljahr 2009/2010	63/2009 + 63/2009 - 1
3.	Neubau einer Waldorf - Schule durch den Verein zur Förderung der Waldorfpädagogik e.V. - Antrag der Grünen vom 05.12.2008	52/2009
4.	Konjunkturprogramm II - Projektanträge der Stadt Biberach	60/2009 - 1
5.	Modernisierung der Ausleihtechnik der Stadtbücherei: Ergebnisse und Folgen	43/2009 + 43/2009-1
6.	Änderung der Benutzungsordnung und Gebührensatzung der Stadtbücherei aufgrund der Erhöhung von Ausleihgebühren	42/2009
7.	Aufstellung des Bebauungsplanes "Pfluggasse/Bachgasse II" - Weiterführung des Verfahrens/Erweiterung des Geltungsbereiches"	48/2009
8.	Wohnbauflächenprogramm 2009	55/2009
9.	Ausgliederung des Betriebes gewerblicher Art (BgA) Photovoltaikanlagen in die Stadtwerke Biberach GmbH	46/2009
10.	B 312 - Umfahrungen Ringschnait, Ochsenhausen, Erlenmoos, Edenbachen; hier: Vorfinanzierung der Vorplanung	61/2009 + 61/2009-1
11.	Jahresrechnung 2007 der Stadt Biberach	130/2008 - 1
12.	Jugendaktionsräume in Biberach - Information über den derzeitigen Sachstand und Ausblick	67/2009
13.1.	Verschiedenes: Bauarbeiten Ulmer Tor	
13.2.	Verschiedenes: Mitteilungsblatt	
13.3.	Verschiedenes: Hospiz	
13.4.	Verschiedenes: Straßenbaumaßnahmen und anderes	

Die Mitglieder wurden am 16.04.09 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 23.04.09 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Bürgerfragestunde

Es sind keine Bürger anwesend, die Fragen stellen möchten.

Dem Gemeinderat liegen die Drucksachen Nrn. 63/2009 und 63/2009-1 zur Beschlussfassung vor.

OB Fettback lässt wissen, der Hauptausschuss habe keine Empfehlung abgegeben, da zu verschiedenen Fragen noch Informationsbedarf bestanden habe, der mit der Ergänzungsvorlage abgedeckt werde. Die Diskussion sei konstruktiv gewesen. Das Problem bezeichnet er als vielschichtig. Die Schule sei räumlich ausgegrenzt und eine Ausdehnung im Bestand nicht möglich. Im Grundsatz habe man natürlich das Ziel, eine Schule an einem Standort unterzubringen, gleichzeitig aber auch das Ziel, Leerstände zu nutzen.

EBM Wersch führt aus, die Bedingungen an der Mali-Hauptschule seien gut. Die Schule sei integrations- und kooperationsbereit. Schulamtsleiter Mäder habe das Konstrukt von Anfang an begleitet und die Umsetzung als passabel gestaltbar für Kinder und Lehrer eingestuft. Zur Umsetzung seien verschiedene Modelle möglich. Favorisiert werde die Verlagerung der Klassen 5, da sich für diese ein gleitender Übergang böte und sie zuvor noch in der Grundschule zusammen unterrichtet worden seien. Die Art der Umsetzung müsse aber von der Schulleitung entschieden werden. Keinesfalls wolle man jedoch, dass unnötige Wanderungen entstünden. Der Vorschlag sei vernünftig und zumutbar, die dargestellten Kosten einer Containerlösung daher unnötig und vermeidbar. Es stelle sich die prinzipielle Frage des Umgangs mit Leerständen, denn man wolle auch bei künftigen Bedarfen Leerstände nutzen, sofern dies möglich sei und keine Containerlösung favorisieren.

StR Hagel bezeichnet die Realschule als segensreiche Einrichtung in der Bildungslandschaft und dies seit 46 Jahren. Er geht auf deren Entwicklung ein. Für das nächste Schuljahr seien über 40 Klassen zu erwarten. Man habe die Realschule über die Jahre durch die Stadt gut versorgt. Allein in den letzten acht Jahren seien über 5 Mio. € investiert worden. Die Schule sei Stadt, Gemeinderat und Verwaltung schon immer am Herzen gelegen. Um sie ganztagsfähig zu machen, wären erhebliche Anstrengungen erforderlich geworden. Durch die Erweiterungsabsichten der Hochschule hätten sich andere Perspektiven geboten und man danke der Verwaltung, dass sie sich hierfür eingesetzt habe und nun ein Neubau errichtet werde, der die Anforderungen in baulicher und pädagogischer Sicht erfüllen werde. Die Schule habe also eine hervorragende Ausgangsposition und Perspektive. In diesem Kontext müsse man die anstehende Entscheidung sehen. Vorausichtlich benötige man drei zusätzliche Räume, zumindest in den nächsten drei Jahren. Die Schülerzahlen an der Mali-Hauptschule seien rückläufig und diese sei bereit, Räume zur Verfügung zu stellen. Dies müsse der Gemeinderat bei seiner Entscheidung berücksichtigen. Die finanzielle Situation der Stadt sei zwar gut, dies sei aber auch unter anderem darauf zurückzuführen, dass man immer sorgsam mit den Finanzen umgegangen sei. Die ihm genannten Argumente gegen eine Auslagerung seien entkräftbar durch organisatorische Lösungen. Es müssten nicht ganze Klassen verlagert werden, sondern der Unterricht könnte zum Teil für verschiedene Klassen an der Mali-Hauptschule erbracht werden. Es wäre auch organisierbar, dass die Lehrer an diesen Tagen nur in der Außenstelle tätig wären. Dies sei durch eine entsprechende Stundenplangestaltung schulorganisatorisch möglich. Schüler müssten also nicht pendeln, was von Eltern kritisiert werde. Die Wahlpflichtfächer und die Fachraumnutzung könnten an der Dollinger-Realschule erfolgen und die Schüler würden sich weiterhin mit der Realschule identifizieren. Die Angst der Eltern vor Konflikten mit Hauptschülern entbehre jeglicher Grundlage. Es handle sich auch um Vorurteile, die nicht in die aktuelle Landschaft passten. Auch der Schulsozialarbeiter sehe darin

kein Problem. Das Argument, dass die Container auch nach Errichtung des Neubaus genutzt werden könnten, wäre ein Schildbürgerstreich. Nach Auskunft des Schulamts und der Schulpsychologischen Beratungsstelle bringe eine Auslagerung keine entwicklungspsychologische Belastung. Auch der Schulsozialarbeiter habe nur von lösbaren organisatorischen Fragen gesprochen. Auch andere Schulen hätten in der Vergangenheit schon zeitweise in Außenstellen unterrichten müssen. Die dagegen angeführte schlechtere Lehrermotivation sei unbegründet. Argumente, die auf vermeintlichen sozialen Unterschiedlichkeiten fußten, seien weder begründet, noch haltbar. Man respektiere den Einsatz der Eltern, bitte aber um Verständnis für die geschlossene Zustimmung der CDU-Fraktion zum Verwaltungsvorschlag. Man wolle das Geld lieber in eine vorbildliche, neue Realschule zum Wohle folgender Generationen investieren. Herr Schley spricht er den Dank der CDU-Fraktion für seine Kooperationsbereitschaft und die Mitarbeit an einer tragfähigen Lösung aus.

Es wird von Teilen des Gemeinderats applaudiert.

StRin Kübler meint, es handle sich um ein brisantes Thema und man habe zwei Alternativen: Die Containerlösung oder den Verwaltungsvorschlag, freie Räume in der Hauptschule zu nutzen. Längeres gemeinsames Lernen sei Ziel der SPD-Fraktion. Das Biberacher Projekt habe aber den Mangel, dass ein pädagogisches Konzept fehle. Sie äußert ihr Bedauern, dass die Dollinger-Realschule sich nur auf die Containerlösung fixiert habe und keine anderen Lösungen außer der Verlagerung der fünften Klasse aufgezeigt worden seien. Der Rektor und das Team der Hauptschule seien dagegen zur Zusammenarbeit bereit. Die SPD-Fraktion wolle daher dem Rektor der Realschule die Chance geben, noch andere Konzepte zu erarbeiten. Man wolle keinen übereilten Beschluss fassen und **beantrage** daher, die Entscheidung zu **vertagen**, damit eine nachvollziehbare Beschlussfassung möglich sei.

StR Zügel meint, beide Seiten hätten gute Argumente. Die pädagogischen Argumente wögen sich quasi auf. Er spricht Schulleiter Schley ein großes Kompliment aus. Er habe sich in sehr kooperativer Weise für eine Lösung angeboten. Eine Containerlösung könne man nur als Provisorium verstehen, wenn man sie ernsthaft in Betracht ziehe. Bei den Gymnasien sei der Campusgedanke sehr ausgeprägt und ähnliches sei bei der Realschule zu erwarten. Dies stünde im Widerspruch zum Vorschlag einer Mali-Wanderlösung und würde das Zusammengehörigkeitsgefühl der Realschüler in der doch sehr großen Schule beeinträchtigen. Die Freien Wähler hielten mehrheitlich eine sehr preisgünstige Containerlösung für akzeptabel, da es sich nur um ein Provisorium handle und dieses als solches zu akzeptieren wäre. Dabei gehe man von Kosten von ca. 210.000 € aus. Die Verwaltung zeige jedoch auf, dass für diese Lösung Lieferprobleme bestünden. Daher wären die Freien Wähler in der allergrößten Not auch noch bereit, eine Containerlösung mit Kosten bis maximal 265.000 € mitzutragen. Nicht akzeptabel sei der Kauf eines Containers, da sich dann die Frage stelle, wie er danach verwendet werden könne. Den Vertagungsantrag akzeptiere man aus Kollegialität, wenn dadurch neue Informationen zu erwarten seien.

Auch für die Grünen sei es ein schwieriges Thema, gibt StR Gehring zu verstehen. Der Kooperationsvorschlag von Herrn Schley sei hervorragend und man danke hierfür. Die Kooperation erfolgte jedoch aufgrund einer Notlösung und würde sich nicht auf komplette Klassenstufen erstrecken. Zu einem Container gebe es Für und Wider, wobei die Grünen zu einem Container tendierten. Bezüglich der Kosten gibt er aber zu bedenken, dass wesentlich günstigere Lösungen angeboten würden. Beispielsweise sei in seiner Einrichtung für 150.000 € ein gebrauchter Container für drei Jahre aufgebaut worden, mit komplett neuem Dach für ein noch größeres Objekt. Eine Auslage-

zung stellte auch eine Notlösung dar, zum jetzigen Zeitpunkt würde man aber dem Container zustimmen.

Nach den organisatorischen Darlegungen von StR Hagel zur Organisation der Auslagerung an der Mali-Schule sehe er kein Problem, dem Verwaltungsvorschlag zuzustimmen, gibt StR Funk zu verstehen. Die Verwaltungslösung sei zustimmbar. Das dadurch gesparte Geld wäre besser im Neubau angelegt. Auch er dankt namens der FDP Herrn Schley für seine Kooperationsbereitschaft.

StR Dr. Nuding bringt eine weitere Idee ins Spiel, bei der zu prüfen sei, welche Rolle die Hochschule mit Blick auf die Auslagerung spiele. Die Hochschule benötige 2009 für eine Auslagerung des Verwaltungstraktes ebenfalls einen Container. Er habe mit Herrn Kilian gesprochen, der den Start-up-Gedanken ins Spiel gebracht habe. Es bestehe die Idee, den Container später für eine Auslagerung von neuen Instituten zu nutzen und zwischenzeitlich so groß anzulegen, dass dort drei Klassenzimmer untergebracht werden könnten. Eventuell würde sich dann das Land an den Kosten eines Containers beteiligen.

OB Fettback gibt zu verstehen, bei einer Containerlösung stelle sich auch die Frage der Qualität. Keine der provisorischen Lösungen sei optimal, weshalb man alle Qualität in den Neubau gesetzt habe. Die Stadt spiele eine Vorreiterrolle im Bereich Bildung und Betreuung und habe diese Aufgabe früh erkannt. Eine Containerlösung sei auch keine gute Qualität und die dort untergebrachten Schüler würden sicher als Containerkinder bezeichnet. Er habe dies am eigenen Leib erlebt. Dagegen habe man gut gerichtete Schulräume an der Mali-Hauptschule. Er könne sich nicht vorstellen, zu welchen neuen Erkenntnissen man durch eine Vertagung käme. Ein Stückweit gehe es auch um prinzipielle Fragen, nämlich wie man mit vorübergehenden Engpässen umgehe, wenn diese durch entsprechende Leerstände ausgeglichen werden könnten. Die Lösung an der Mali-Hauptschule sei vertretbar. Er schließt sich voll inhaltlich den Dankesworten an Herrn Schley für seine Kooperationsbereitschaft und das deutliche Ja für eine qualitätsvolle Arbeit an der Mali-Hauptschule an, die viel besser sei als ihr Ruf. Man müsse es auch als Chance begreifen, für eine Interimszeit die Zusammenarbeit zu testen. Man wolle über die Unterbringung der Schulen in der Schul- und Sportmeile die Schüler auch näher zusammenbringen.

EBM Wersch gibt zu verstehen, die Verwaltung hätte nie gewagt, eine möglichst preisgünstige Containerlösung anzubieten. Er müsse den Anforderungen an drei bis vier Jahre Schulbetrieb genügen, weshalb man nicht an Billiglösungen wie von StR Gehring vorgetragen gedacht habe. Kooperationslösungen würden von der Realschule nicht gewünscht, es wäre aber theoretisch möglich gewesen, dass die Realschule das Thema kooperativer angegangen wäre. Den Vorschlag von StR Dr. Nuding bezeichnet er als sehr kurzfristiges Manöver. Die Verwaltung habe am 23.04.09 die Information erhalten, dass an der Hochschule ein Bauantrag für Raumzellen gestellt werde und dass an eine Investorenlösung gedacht gewesen sei, die aber nicht geklappt habe, weshalb nun ein Container ins Auge gefasst werde. Das Thema Start-up sei kein Containerthema und es müsse langfristig beraten werden, ob man Start-up als Stadtverwaltung unterstützen wolle. Dieser Aspekt sei daher von der Verwaltung nicht berücksichtigt worden.

StR Späh meint, auf diesem Hintergrund könnte eventuell doch eine Vertagung sinnvoll sein, um das Thema in ca. drei Wochen zu klären.

EBM Wersch gibt zu verstehen, die Hochschule biete sich nicht an, die Probleme der Stadt zu lösen, sondern ihr gehe es darum, weiteres Geld von der Stadt zu erhalten. Die beiden Themen hät-

ten nichts miteinander zu tun und über Start-up könne man auch nicht in drei Wochen entscheiden.

StR Kolesch hält das Thema für entscheidungsfähig. Er bezweifelt, ob eine Vertagung überhaupt sinnvoll wäre und so kurzfristig neue Erkenntnisse eingeholt werden könnten. Er fragt, ob dann überhaupt noch eine Fertigstellung zum Schuljahresbeginn möglich wäre. Die CDU-Fraktion sei ein klarer Verfechter des dreigliedrigen Schulsystems, das die Realschule erhalten wolle. Andere Parteien sähen dies anders und zierten sich nun, in guten, neu ausgestatteten Räumen für eine überschaubare Zeit die Zusammenarbeit verschiedener Schulen zu erproben und das obwohl ein Neubau in Sichtweite sei. Kooperationsmodelle müssten sich eben erst entwickeln und er sei überzeugt, dass sie sich finden würden, wenn man zusammenarbeite. StR Hagel sei Experte in diesem Thema und habe sich äußerst genau mit dem Thema beschäftigt und anhand der gesamten Stundentafel der Dollinger-Realschule mit dem Problem auseinandergesetzt. Die Kinder besuchten seines Erachtens lieber ordentliche Klassenräume mit der gesamten vorhandenen Infrastruktur, statt in Containern untergebracht zu werden.

OB Fettback lässt wissen, die Realschule habe eine Containerlösung gewünscht und keine Alternativüberlegungen angestellt. Diese würden nach der Gemeinderatsentscheidung sicher angestellt, so man dem Verwaltungsvorschlag folge. Dieser sei seines Erachtens entscheidungsreif. Die Start-up-Lösung verstehe er auf die Schnelle nicht, sie koste aber sicher auch Geld und eine Vertagung bringe Verzögerungen.

EBM Wersch fände eine Vertagung unerträglich. Man sei nicht in der Lage eine neue Vorlage zu schreiben, da man nicht wüsste, was dargelegt werden sollte. Über Start-up müsse man mit Ernsthaftigkeit diskutieren und nicht im Zusammenhang der Auslagerung von Klassenräumen der Realschule. Man werde in den nächsten Monaten sicher nicht zu einer vernünftigen Lösung zwischen Stadt und Hochschule kommen.

StR Zügel spricht sich für eine Vertagung aus und moniert, dass die Verwaltung alternativ bereits zum Hauptausschuss die erforderlichen Informationen hätte liefern sollen. Bei den Freien Wählern bestehe noch Beratungsbedarf, beispielsweise zur Spezifizierung der Containerangebote. Es könne gut sein, dass man letztlich der Wanderlösung zustimme, man wolle dies aber gewissenhaft beraten. In zwei Wochen sei Hauptausschuss und dann sehe man sich in der Lage, zu entscheiden.

StR Funk spricht sich gegen eine Vertagung aus. Auch die FDP sei für das dreigliedrige Schulsystem, die Vorschläge des Kultusministeriums zeigten aber, dass hier viel in Bewegung sei.

StR Dullenkopf gibt zu verstehen, die CDU-Fraktion habe sich ausreichend mit dem Thema befasst. Wenn jedoch andere Fraktionen noch Beratungsbedarf sähen, werde man sicher nicht gegen eine Vertagung stimmen. Er persönlich werde sich enthalten.

StRin Kübler meint, man könne auf eine weitere Vorberatung im Hauptausschuss verzichten und die neuen Erkenntnisse gleich im Gemeinderat vorstellen. Man ziere sich nicht vor einer Auslagerung, benötige aber zu deren Umsetzung mehr Informationen.

StR Braig bittet, dann die Firma CND um eine vollständige Kostenschätzung zu bitten.

OB Fettback gibt zu verstehen, die Verwaltung sehe keinen weiteren Klärungsbedarf. Das Umsetzungskonzept sei keine Frage des Schulträgers.

EBM Wersch fügt an, die Schule habe sogar erklärt, erst dann Konzepte auszuarbeiten, wenn der Gemeinderat die Entscheidung getroffen habe.

StR Hagel gibt zu verstehen, er habe kaum Argumente gegen eine Auslagerung gehört. Er bittet, ein sachliches Argument gegen die Auslagerung zu nennen. Sofern keines bestehe, sei jeder Euro für eine Containerlösung zu viel ausgegebenes Geld.

StR Lemli gibt zu verstehen, man wolle vom Rektor der Realschule die gleichen Recherchen wie sie StR Hagel gemacht habe und dass diese schriftlich dargelegt würden.

Der **Vertagungsantrag** wird mit 2 Nein-Stimmen (OB Fettback, StRin Handtmann), 12 Enthaltungen (CDU) und restlichen Ja-Stimmen **angenommen**.

Damit ist die Angelegenheit bis zur nächsten Gemeinderatssitzung vertagt.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 52/2009 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 20.04.09.

OB Fettback verweist auf die Vorlage und gibt zu verstehen, man habe dem Verein bereits mit der Bereitstellung des Grundstückes Unterstützung geboten. Für Privatschulen sei keine kommunale Förderung vorgesehen. Für sie bestünden verschiedene andere Fördermöglichkeiten. Es sei ein Gerücht, dass die Stadt für derartige private Einrichtungen und deren Schüler Geld erhalte. Es gehe auch um die Gleichbehandlung von Privatschulen.

EBM Wersch fügt an, alle Privatschulen erhielten Baukostenzuschüsse in Höhe von 37% der förderfähigen Kosten. Außerdem finanzierten sie sich über Beiträge, was ca. 600 € pro Schüler betrage. Die Waldorfschule habe für das Jahr 2009 2.416 € je Schüler der Klassen 1 bis 4 erhalten, 4.013 € für die Klassen 5 - 12 und 4.153 € für die Klasse 13. Dieser Landeszuschuss beinhalte die Personalkosten. Ferner finanzierten sie sich durch Drittmittel wie Mitgliedsbeiträge und ähnliches. Der Landeszuschuss gehe direkt an die Schule. Die Waldorf-Schule sei eine Bereicherung der Bildungslandschaft. Sie werde nur von wenigen Biberacher Schülern besucht und viele stammten aus der Region. Bislang habe sich die Stadt nicht an der Finanzierung von Privatschulen beteiligt und dieses Konzept wolle man beibehalten und sich auf öffentlich-rechtliche Schule konzentrieren.

StR Dullenkopf meint, man habe Sympathie für Bildungseinrichtungen, die Bildungsvielfalt bescherten. Dies dürfe aber nicht zu einer Ungleichbehandlung führen, weshalb man dem Verwaltungsvorschlag zustimme.

StRin Drews führt aus, die SPD begrüße den Ausbau der Waldorf-Schule als Ergänzung der Angebotsvielfalt. Man sei jedoch gegen eine Bezuschussung, da dies eine Ungleichbehandlung darstelle. In der Vorberatung habe man die Möglichkeit einer Ausfallbürgschaft beantragt. Der Antrag habe aber keine Mehrheit gefunden und werde daher nicht erneut gestellt. Waldorf-Schulen gebe es seit über 100 Jahren und man habe noch von keiner Insolvenz gehört, weshalb die Ausfallbürgschaft eher ein symbolischer Wert gewesen wäre.

Auch StR Zügel sieht die Waldorf-Schule als positive Bereicherung der Schullandschaft. Eine finanzielle Zuwendung der Stadt stelle jedoch eine Benachteiligung anderer privat geführter Schulinrichtungen dar, weshalb man dem Verwaltungsvorschlag zustimmen könne. In den heutigen Zeiten dürfe man aber auch nicht mehr davon ausgehen, dass Bürgschaften nicht in Anspruch genommen würden, weshalb auch die Zustimmung zu einer Bürgschaft eine Benachteiligung anderer Investoren gewesen wäre.

StR Späh hebt ebenfalls auf die Bereicherung der Schullandschaft. Pluralität sei im Gemeinderat immer ein wichtiges Argument gewesen. Eine Waldorf-Schule stelle auch einen Standortfaktor dar. Nur 37% Zuschuss für Investitionen sei sehr wenig und verdeutliche, dass der Verein viel selbst leisten müsse. Aber auch von den laufenden Kosten würden nur 60 - 70% erstattet. Es gehe auch um eine symbolische Entscheidung, diese Schule in Biberach zu verankern und zu unterstützen. Im Bereich des Regierungsbezirks Tübingen existierten fünf Kommunen, die Zuschüsse ge-

währten. Die Eltern von Kindern der Waldorf-Schule finanzierten auch die öffentlich-rechtlichen Schulen mit ihren Steuern.

StR Funk kündigt die Ablehnung des Beschlussantrags der Verwaltung durch die FDP an, da von der Verwaltung alles ausgeschlossen werde und die Begründung sehr knapp gehalten sei. Eigentlich hätte man den Wunsch, das Thema zu vertagen, da jedoch die Mehrheiten klar seien, verzichtete man hierauf. Er kritisiert, dass gar nicht überlegt worden sei, was zur Unterstützung getan werden könnte. Er hätte sich auch symbolische Maßnahmen auf kleiner Ebene vorstellen können. Er spricht sich für Bildungsppluralität aus.

Anschließend fasst der Gemeinderat mit 7 Nein-Stimmen (StRe Braig, Brunner, Funk, Gehring, Kapfer, Späh, Weber) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Für den Bau und Betrieb der Waldorf - Schule gewährt die Stadt Biberach keinen Investitions- und keinen laufenden Zuschuss. Die Stadt Biberach übernimmt auch keine Ausfallbürgschaft für dieses Vorhaben.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 60/2009-1 zur Beschlussfassung vor.

OB Fettback geht kurz auf die Vorlage ein und gibt zu verstehen, man habe ein rundes Paket für Antragstellungen geschnürt.

Herr Walz erläutert Details der Vorlage und gibt zu verstehen, man habe in Abwägung aller Maßnahmen eine Rangfolge nach Einsparungspotential und Dringlichkeit der Maßnahmen gebildet. Es könne auch kein Vorwurf erhoben werden, dass man Geld von freien Trägern verlagert habe.

Herr Kopf erläutert die Änderungen bei den städtischen Maßnahmen.

OB Fettback weist noch darauf hin, dass zu jeder Einzelmaßnahme ein Baubeschluss gefasst werde.

StR Dullenkopf meint, man könne gut zustimmen, da man schon vor einigen Wochen einen Blankoscheck erteilt habe. Er spricht der Verwaltung den Dank dafür aus, dass in so kurzer Zeit eine Anpassung gelungen sei.

StR Keil meint, alle Bürger hätten etwas davon wenn die Schulen saniert würden. Er fragt noch, was mit der Gaisental-Grundschule sei. Auffallend sei, dass kein hospitälisches Objekt angemeldet werde, obwohl einige sanierungsbedürftige Liegenschaft existierten. Er fragt, ob man diese als Maßnahmen freier Träger hätte behandeln müssen.

OB Fettback lässt wissen, die Gaisental-Grundschule sei nicht enthalten, da man hoffe, einen Zuschuss für die Aufrüstung zur Ganztagschule zu erhalten, was mit dem Konjunkturprogramm II nicht kompatibel wäre. Die hospitälisches Maßnahmen seien bei den städtischen Maßnahmen beinhaltet gewesen, obwohl es sich um einen freien Träger handle, sie hätten aber die Kriterien, die man zugrunde gelegt habe, nicht erfüllt.

StR Zügel meint, der Gemeinderat sei bei diesem Programm getrieben, man gehe aber davon aus, dass die Verwaltung sorgfältig gearbeitet habe. Er fragt, ob von der Kirchengemeinde weitere Projekte vorgeschlagen worden seien, was Herr Walz verneint.

StR Späh signalisiert die überwiegende Zustimmung der Grünen zum Verwaltungsvorschlag.

StR Braig erkundigt sich nach der Dämmung der PG-Halle im Verhältnis zur Dämmung von Wohngebäuden.

Herr Kopf lässt wissen, die Halle habe einen sehr hohen Energieverbrauch, weshalb eine Dämmung lohnend wäre. Dies entspreche in etwa dem, was bei anderen Gebäuden gefordert werde. Maßgebend sei die Energieeinsparverordnung 2009.

StR Weber gibt zu verstehen, er habe mit derartigen Programmen grundsätzliche Probleme, da Steuergelder ausgegeben würden und bereits eine hohe Verschuldung bestehe. Das Programm

führe dazu, dass im Land viel investiert werde und es sei zu befürchten, dass viele Firmen anschließend keine Arbeit mehr hätten. Er werde sich daher enthalten.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei 1 Enthaltung (StR Weber) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

- 1. Die Anträge der freien Träger werden gemäß den Vorschlägen der Verwaltung bei den Antragsstellungen berücksichtigt.**
- 2. Die städtischen Maßnahmen werden in der in Drucksache Nr. 60/2009-1 dargestellten modifizierten Form beim Regierungspräsidium beantragt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 3** beigefügte Drucksache Nr. 42/2009 zur Beschlussfassung vor. Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit Drucksache Nr. 43/2009 und 43/2009-1 aufgerufen und protokolliert.

Danach fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Die dieser Niederschrift als Anlage 1 beigefügte zweite Satzung zur Änderung der Benutzungsgebührendordnung für die Stadtbücherei der Stadt Biberach an der Riß, wird beschlossen.**
- 2. Die zweite Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Stadtbücherei der Stadt Biberach an der Riß, die dieser Niederschrift als Anlage 2 beigefügt ist, wird beschlossen.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 48/2009 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bausschuss am 06.04.09.

BM Kuhlmann erläutert die Planung auch anhand eines im Sitzungssaal aufgestellten Modells. Nun folge die Bürgerbeteiligung und man werde über deren Ergebnis und die Schlussfolgerungen über die Planung berichten.

StR Kolesch zeigt sich namens der CDU-Fraktion erfreut, dass die Entwicklung der östlichen Innenstadt voranschreite und dass der Gemeinderat frühzeitig einbezogen und die Öffentlichkeit noch intensiver als bisher beteiligt werden solle.

Der Bestand sei nicht sehr wertvoll und die aktuellen Nutzungen brächten die östliche Innenstadt nicht weiter, weshalb Investitionen positiv seien. Man sei optimistisch, dass mit der frühzeitigen Einbindung der Öffentlichkeit mögliche Bedenken und Anregungen frühzeitig vorgebracht und gemeinsame Lösungen gefunden werden könnten. Für eine mögliche Bebauung des Parkplatzes sei man grundsätzlich offen. Der eingeschlagene Weg, nicht völlig ins Blaue zu planen, sei richtig, da sonst vieles auf Vorrat und umsonst geplant würde, beziehungsweise geändert werden müsse.

StRin Buttschardt führt aus, die SPD sei glücklich über die Aufstellung des Bebauungsplans und sicher, dass die Bebauung sensibel angegangen werde. Das derzeitige Gebäude stamme aus dem 15. Jahrhundert, stehe aber nicht unter Denkmalschutz. Sicher werde man rechtzeitig über das künftige Aussehen informiert.

StR Rieger gibt zu verstehen, die Freien Wähler seien froh über jede Investition und stimmten zu.

StR Weber meint, das Vorhaben sei zu begrüßen und dass die Öffentlichkeit frühzeitig eingebunden werde. Die Aufgabe des Parkplatzes fände er positiv. Pkw gehörten in die Tiefgarage.

StR Braig gibt zu verstehen, die FDP habe lange für vorausschauende Planungen geworben. Der aktuelle Plan sei immer noch zu kurzfristig, man sei aber froh, dass etwas geschehe. Es seien klare Regelungen zu den Konditionen der Baumöglichkeiten erforderlich, damit Investoren Klarheit hätten. Für Baukontrolleure könne man vier bis fünf Stellplätze in der Tiefgarage herstellen.

OB Fettback gibt zu verstehen, dass Ersatz für die entfallenden Parkplätze erforderlich sei. 4 - 5 Plätze genügten dafür nicht. Es handle sich um Stellplätze für Vielfahrer. Diese ersparten dem Steuerzahler viel Geld, da sie ihre Privat-Pkw für Dienstfahrten zur Verfügung stellten.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Für den im Lageplan des Stadtplanungsamtes, Plan Nr. 09-008, vom 13.03.09 mit unterbrochen bandierter Umrandung dargestellten Bereich, wird der Bebauungsplan „Pfluggasse/ Bachgasse II“ gemäß § 1 Abs. 3 BauGB aufgestellt.

Anschließend wird die Sitzung von 19:05 Uhr - 19:25 Uhr zur Vesperpause unterbrochen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 55/2009 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 06.04.09.

BM Kuhlmann nennt die Eckdaten des Programms. Zur Einwohnerentwicklung stellt er fest, nach der heutigen Prognose sei von einer Stagnation oder Schrumpfung auszugehen. Diese sei aber für den Wohnflächenbedarf nicht entscheidend. Dies sei vielmehr der Dichteschwund beziehungsweise die sogenannte Singularisierung, sprich dass man immer mehr kleine Haushalte mit großem Flächenbedarf verzeichne. Mittel- bis langfristig sei dieser Bedarf nicht gedeckt, weshalb bestimmte Gebiete vorzubereiten seien, um gegebenenfalls neue Wohngebiete anbieten zu können. Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Nachfrage nach Wohnungen seien noch unklar, es werde momentan davon gesprochen, dass die Nachfrage nach Immobilien steige. Mietwohnungen komme eine entscheidende Bedeutung zu. Maßstab für das Vorgehen sei ferner, dass Innen- vor Außenentwicklung komme.

StR Kolesch meint, man habe bei der Lektüre keine Überraschungen erlebt. Es handle sich um eine reine Fortschreibung und glücklicherweise sei es nicht mehr der Fall, dass man die Nachfrage nicht abdecken könne, sondern man halte ausreichend Grundstücke vor. Dies müsse auch weiterhin der Fall sein und man müsse auch für Mietwohnungen Grundstücke vorhalten. Beides seien Fragen der Grundstückspolitik und man bitte die Verwaltung, wo immer möglich den Grundstückskauf zu forcieren. Beim langfristigen Potential werde vom Jahr 2011 gesprochen, was nicht mehr fern sei. Er gibt zu verstehen, die CDU-Fraktion sei jederzeit zu überplanmäßigen Ausgaben bereit, sofern Grundstücke erworben werden könnten. Dies sei gut angelegtes Geld. Man werde nie kritisieren, zu viele Grundstücke zu haben. Insgesamt sei die Entwicklung im Wohnbereich in den letzten Jahren zufriedenstellend verlaufen.

StR Keil meint, die Industrie wachse und mit ihr die Bevölkerung. Angesichts dieses Wissens seien die genannten Wohnbauzahlen gar nicht so gigantisch. Auch er bittet, in Grundstücke zu investieren, da das Geld dort gut angelegt sei. Dies habe auch eine soziale Komponente, da dieses bisherige Vorgehen dazu geführt habe, dass man noch Grundstücke zu moderaten Preisen anbieten könne. Dies solle auch so bleiben. Man habe Sorge, da viele mittelfristig benötigten Flächen noch in Privatbesitz seien. Er appelliert an die Eigentümer, Binnenentwicklungen zu ermöglichen und die Grundstücke auf den Markt zu geben und damit insgesamt etwas für die wirtschaftliche Entwicklung Biberachs zu tun. Wenn man die eingeschlagene Vorgehensweise weiter betreibe, sei man auf einem guten Weg.

StR Dr. Compter gibt zu verstehen, es sei ihm teilweise schwer gefallen, die Prognose nachzuvollziehen, man gehe aber davon aus, dass das Stadtplanungsamt die Aufgabe richtig erledigt habe und stimme zu.

StRin Brunner lässt wissen, den Grünen sei der dargestellte Bedarf und der damit einhergehende Flächenbedarf überzogen dargestellt. Die demographische Entwicklung werde sich auch auf Biberach auswirken. Unklar sei, inwieweit der Wohnungsbestand berücksichtigt worden sei. Probleme sehe man eher auf dem Mietwohnungsmarkt, auf dem man als Kommune schwer agieren könne. Man stimme der Vorlage zu.

StR Braig führt aus, die Innenentwicklung und Nachverdichtung sei der FDP wichtiger als das Ausweisen weiterer Flächen. Dies sei auch unter dem Gesichtspunkt zu sehen, dass eine bestehende Infrastruktur genutzt werden solle. Er unterstreicht Aussagen zu vorausschauender Grundstückspolitik.

BM Kuhlmann gibt zu verstehen, man habe eine sehr zurückhaltende Zunahme der Einwohner angenommen. Man beobachte die Tendenzen und korrigiere die Zahlen regelmäßig. Der Hauptbedarf werde durch Menschen entstehen, die bereits in Biberach wohnten und durch die genannte Singularisierung.

StR Funk vermisst verschiedene Daten. Als Beispiele nennt er die Bodenpreisentwicklung, die Baupreisentwicklung, die Entwicklung des Mietspiegels, die Benzinpreisentwicklung, die Heizöl- und Gasentwicklung, sowie Vergleichszahlen des Umlandes.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Entwicklung neuer Wohngebiete erfolgt auf der Grundlage des vorliegenden Wohnbauflächenprogramms 2009.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigegefügte Drucksache Nr. 46/2009 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung erfolgte im Aufsichtsrat der Stadtwerke Biberach GmbH am 19.03.09 und im Hauptausschuss am 20.04.09.

OB Fettback führt aus, das städtische Engagement in diesem Bereich sei wichtig gewesen. Jetzt habe sich die Fotovoltaiktechnik etabliert und eine Bereinigung der Ansiedlung dieser Aufgabe sei richtig. Bei den Stadtwerken sei sie richtig angesiedelt und man habe dadurch auch noch steuerliche Vorteile.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Betrieb gewerblicher Art Photovoltaikanlagen bei der Stadt Biberach wird rückwirkend zum 1. Januar 2009 in die Stadtwerke Biberach GmbH ausgegliedert.**
- 2. Die Ausgliederung erfolgt im Rahmen einer Stammkapitalerhöhung.**
- 3. Der Einbringungswert beträgt 90.758,49 €, wovon 10.000,00 € auf den neu übernommenen Stammkapitalanteil angerechnet werden und der Restbetrag von 80.758,49 € der Kapitalrücklage zugeführt wird.**
- 4. Der Ausgliederungserklärung (Anlage A) und der Ausgliederungsbilanz (Anlage 1) wird wie in den Anlagen dargestellt, zugestimmt.**
- 5. Dem Mietvertrag über die zur Verfügung gestellten Dachflächen (Anlage C) wird grundsätzlich zugestimmt.**
- 6. Die Verwaltung wird darüber hinaus ermächtigt, alle weiteren Einzelheiten, die für eine rechtswirksame Ausgliederung notwendig sind, zu erledigen, damit die Ausgliederung rückwirkend zum 01.01.2009 erfolgen kann.**
- 7. Die Kosten der Ausgliederung der Photovoltaikanlagen trägt allein die Stadt Biberach.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigelegte Drucksache Nr. 61/2009 zur Beratung vor. Die Vorberatung erfolgte im Bauausschuss am 06.04.09. Seine Beschlussempfehlung ist in Drucksache Nr. 61/2009-2 festgehalten, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigelegt ist.

OB Fettback bezeichnet das Vorhaben als wichtige Infrastrukturmaßnahme.

StR Kolesch gibt zu verstehen, für die CDU-Fraktion sei es eine Herzensangelegenheit. Es gehe um den Schutz der Menschen, wenn man Bundesstraßen aus Ortschaften herausverlagere. In Ringschnait sei unter anderem die unglaublich gefährliche topographische Lage zusätzlich zu beachten. Die gesamte B 312 liege der CDU-Fraktion am Herzen, aber für den Biberacher Gemeinderat habe die Umfahrung Ringschnaits absolute Priorität. Aus Biberacher Sicht sei es nicht verständlich, dass jemand diese Maßnahme ablehnen könne. Man sei für eine Vorfinanzierung, obwohl es sich um eine klare Bundesmaßnahme handle, die im vordringlichen Bedarf stehe. Die Grünen hätten dafür gesorgt, dass ein ominöser Ökovermerk aufgenommen worden sei, der dafür gesorgt habe, dass die Maßnahme nicht in die Planung gekommen sei. Notfalls müsse man Ringschnait separat, vor dem Rest realisieren.

StRin Buttschardt bezeichnet den Abschnitt der B 312 von Biberach bis Ringschnait als genau so schlimm und gefährlich. Es sei ärgerlich, dass über eine nichtöffentliche Kreistagsitzung in der Schwäbischen Zeitung berichtet worden sei. Die SPD-Fraktion sei froh, dass die Umweltverträglichkeitsprüfung gemacht werde.

StR Dr. Compter meint, es sei immer eine Abwägung zwischen Landschaftsverbrauch und den Be- und Entlastungen, die eine derartige Maßnahme bringe. Auch er zeigt sich verärgert über die Zeitungsberichterstattung. Es sei ein Egoismus der Gemeinde Erlenmoos, die die Vorteile der Maßnahme nutzen wolle, ohne sich an ihr zu beteiligen.

StR Weber meint, Bauträger der Maßnahme sei der Bund, weshalb keine Vorfinanzierung durch die Stadt erforderlich sei. Es liege noch keine Verkehrsuntersuchung vor, wohin der Verkehr fließe. Der erforderliche Landschaftsverbrauch sei ein hoher Preis. Den Ökostand festzustellen sei daher richtig. Es handle sich um ein sensibles Gebiet. Es lehne die Vorlage ab, der Rest seiner Fraktion werde sich enthalten.

StR Braig trägt vor, hinter Bürgermeister Züllig stehe der gesamte Gemeinderat und der Kirchengemeinderat von Erlenmoos. Die Maßnahme müsse vorfinanziert werden, sonst werde sie nie realisiert. Dies sei sinnvoll ausgegebenes Steuergeld. Die Topographie sei derzeit sehr zerrissen und durch eine entsprechende Straßenführung, beispielsweise mit Brücken, werde der Landschafts- und Bodenverbrauch nicht so hoch werden. Es gehe um den Schutz der Menschen, die Verkehrssicherheit und man benötige eine Ost-West-Verbindung.

StR Deeng bezeichnet die Darstellungen StR Webers als kleinkariert angesichts des täglichen Verkehrs. Ringschnait werde in zwei Teile geteilt. Es sei wichtig, dass der Ökovermerk endlich abgearbeitet werde, damit die Maßnahme gebaut werden könne, sobald das Geld zur Verfügung ste-

he. Dann müsse die Planung fertiggestellt sein. Gegebenenfalls müsse der Teilabschnitt Ringschnait vorgezogen werden.

OV Boscher dankt all denjenigen, die sich für die Maßnahme eingesetzt hätten. Es sei nicht nachvollziehbar, dass eine Gemeinde ausschere. Man müsse alles tun, dass die Umweltverträglichkeitsprüfung und die Trassenführung für Ringschnait schnellstmöglich vorankämen, und damit auch der Ausbau vom Jordanbad Richtung Ringschnait vorankomme. 2013 werde der Bundesverkehrswegeplan fortgeschrieben und dann müsse man fertige Pläne haben. Er meint, man dürfe auf die Natur nicht mehr Rücksicht nehmen als auf die Menschen. Man solle die Chance der ökologischen Abarbeitung nutzen.

OB Fettback bemerkt, ob der Ökostern die Maßnahme erschwere müsse nicht diskutiert werden, denn man müsse derartige Fragen ohnehin im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung abarbeiten, um die es nun gehe. Wichtig sei auch, dass es sich um zwei unterschiedliche Maßnahmen handle. Hier bemühe man sich gemeinsam mit dem Landrat. Das Land habe bisher den Fehler gemacht, dem Bund alle angemeldeten Maßnahmen ohne Prioritätenvorgabe zu melden. Seit Staatssekretär Köberle habe sich dies geändert. Die Vorfinanzierung werde in verschiedener Hinsicht von Vorteil sein.

StR Lemli bezeichnet die Umfahrung als gutes Vorhaben.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat mit 1 Nein-Stimme (StR Weber), 3 Enthaltungen (StRe Brunner, Gehring, Späh) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

- 1. Die Stadt Biberach beteiligt sich an der Vorfinanzierung der Vorplanung mit insgesamt 100.000 €, die in den Jahren 2009 – 2013 zur Auszahlung kommen.**
- 2. Sollte ein beteiligter Partner der Finanzierungsvereinbarung nicht beitreten, dann erfolgt die Deckung des ausfallenden Finanzierungsanteils im Verhältnis der bisherigen Finanzierungsanteile der verbleibenden Partner.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 130/2008-1 zur Beschlussfassung vor.

Der Gemeinderat fasst ohne Aussprache einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Gemeinderat stimmt der Übertragung von Haushaltsmitteln ins Jahr 2007 im Verwaltungshaushalt mit 1.320.487,02 (HAR) sowie im Vermögenshaushalt mit 3.284.675,77 € (HER) und 13.900.488,71 € (HAR) entsprechend der Anlage 2 zu.**
- 2. Der Gemeinderat stimmt nachträglich den folgenden überplanmäßigen Ausgaben zu:**
 - **beim Sammelnachweis 40 (Personalausgaben) in Höhe von 2.893.980,00 € für noch nicht genehmigte überplanmäßige Rückstellungen für Pensions- und Beihilfeverpflichtungen**
 - **beim Sammelnachweis 50 (Gebäudeunterhaltung) in Höhe von 223.448,85 € für zusätzliche notwendige Unterhaltungsmaßnahmen an den Gymnasien**
 - **bei der HHSt. 1.6300.675000.8 (Anteil Oberflächenentwässerung) in Höhe von 170.568,52 €**
 - **bei der HHSt. 1.9100.860000.7 (Zuführung an den Vermögenshaushalt) in Höhe von 21.530.479,85 €**
 - **bei der HHSt. 2.6600.951101.6 – 100 (Regionalbahn mit Haltestelle BSZ) in Höhe von 40.117,05 €**
 - **bei der HHSt. 2.9100.910000.2-900 (Zuführung zur Allgemeinen Rücklage) in Höhe von 26.479.688,75 €.**
- 3. Die Jahresrechnung 2007 der Stadt Biberach wird nach § 95 Abs. 2 GemO vom Gemeinderat endgültig festgestellt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 67/2009 zur Information vor.

OB Fettback referiert das bisherige Verfahren, in dessen Zuge man auch festgestellt habe, dass ein Jugendhaus im Sinne eines Jugendtreffs fehle. Man habe den Jugendlichen das Ritthaler Gebäude zur Verfügung gestellt, wobei klar sei, dass sie es nur so lange nutzen könnten, bis ein Investor gefunden sei.

StR Kolesch dankt StR Abele, der sein professionelles Know-how stark in das Thema eingebracht habe. Danken wolle man auch den Mitarbeitern von Jugend Aktiv und vielen Jugendlichen. Das vorgelegte Ergebnis sei erfreulich. Man stehe eher am Anfang eines Prozesses, dessen Ende ungewiss sei und wolle, dass der Prozess fortgesetzt werde. Am Ende sollte ein belastbares Betreiberkonzept und eine Organisation aus den Jugendlichen heraus entstehen. Ob dies gelinge, sei offen. Man habe aus den Befragungen einiges mitgenommen, das genauer betrachtet werden müsse. Als sehr erfreulich bezeichnet er das auf Seite 9 dokumentierte Ergebnis, wonach über 83% der Jugendlichen erklärten, dass sie grundsätzlich zufrieden mit dem Angebot seien, um ihren eigenen Hobbys und Interessen nachgehen zu können. Dies sei kaum steigerbar. Die Idee eines offenen Jugendhauses müsse man kritisch sehen. Nur 32,5% befürworteten einen offenen Treff beziehungsweise nur 16,5% mit Migrationshintergrund. Es werde daher eher eine Vielzahl abgeschlossener Räume für Cliques gewünscht. Dies habe nachdenklich gemacht. Man müsse genau hinterfragen, ob ein Jugendhaus tatsächlich den Bedürfnissen entgegen käme. Hierzu seien genaue Aufarbeitungen erforderlich und es müsse hinterfragt werden, was mit den bisherigen Einrichtungen und Strukturen geschehen würde.

StRin Kapfer führt aus, das Ergebnis und die Arbeit, die sich dahinter verberge, beurteile man positiv. Gleiches gelte für die hauptamtliche Begleitung durch Jugend Aktiv. Wünschenswert wäre ein noch größeres Engagement Jugendlicher, um zu dokumentieren, dass wirklich ein offenes Jugendhaus gewollt werde.

Die Bedürfnislage der Jugendlichen müsse deutlich werden. Das Engagement der Jugendlichen sei wichtig und auch dass ein Jugendhaus von Jugendlichen selbst betrieben würde. Die Standortfrage stelle eine große Herausforderung dar.

StRin Goeth dankt StR Abele für seine professionelle Fragebogenaktion. Auch die Freien Wähler habe das von StR Kolesch zitierte Ergebnis zur Zufriedenheit gefreut. Prinzipiell seien die Freien Wähler offen für ein Jugendhaus. Man wolle aber aus den Erfahrungen anderer Städte lernen und nicht dieselben Fehler machen. Sie spricht das Zentrum für Jugend und Sport an, von dem man nichts mehr gehört habe und fragt, ob dieser Gedanke parallel weiterbetrieben werde.

StR Späh spricht Herrn StR Abele ebenfalls den Dank der Grünen aus. Die Interessenlage Jugendlicher sei breit gefächert und könne sicher in einem Haus schwer verwirklicht werden. Hierzu seien genauere Erhebungen erforderlich. Man benötige eine langfristige Lösung.

StR Braig zeit sich einverstanden, das Projekt Jugendhaus auf Zeit im Ritthaler-Gebäude zu beginnen. Man müsse sehen, wie sich die Situation entwickle.

OB Fettback gibt zu verstehen, dass Ritthaler-Gebäude könne auch nicht vorübergehend eine Jugendhausspielwiese sein, schon aus Gründen des Nachbarschutzes. Man habe als Mangel das Fehlen eines großen Veranstaltungsraumes festgestellt und dass Jugend Aktiv nach wie vor noch nicht verortet sei. Da auch anderen Vereinen eine Geschäftsstelle fehle, sei die Idee des Hauses für Jugend und Sport aufgekommen, das aber in der Priorität nach hinten gerutscht sei. Der Standort könne nur innenstadtnah sein.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

TOP 13.1 Verschiedenes: Bauarbeiten Ulmer Tor

StR Pfender fragt, was beim Ulmer-Tor gemacht werde, worauf BM Kuhlmann wissen lässt, es werde der Feinbelag aufgebracht.

TOP 13.2 Verschiedenes: Mitteilungsblatt

StR Braig bringt vor, er habe von mehreren Seiten von einer Auferstehung des Mitteilungsblattes gehört. Er fragt, ob dies zutreffe.

OB Fettback bejaht dies. Man habe einen Prüfungsauftrag des Gemeinderats mit der Vorgabe, die Ortsmitteilungsblätter zu erhalten. Man werde noch vor der Sommerpause eine Vorlage unterbreiten.

TOP 13.3 Verschiedenes: Hospiz

StR Keil dankt EBM Wersch für die Beantwortung der Anfragen zum Hospiz. Der Vorsitzendes des Fördervereins Hospiz stelle derzeit öffentlich dar, dass die Gründungsphase abgeschlossen sein könnte und er sei zum Teil von Bürgern gefragt worden, ob es zutreffend sei, dass es nur noch am Gemeinderat liege, dass keine Entscheidung gefällt werde.

StR Dullenkopf habe das Thema schon in mehreren Haushaltsreden angesprochen und eine schnelle aber solide Lösung gefordert. Die Darlegungen EBM Wersch seien sehr plausibel und auch dass keine Vorlage unterbreitet werden könne. Dennoch bittet er darzustellen, wie weit die Überlegungen fortgeschritten seien.

OB Fettback erwidert, Stadt und Gemeinderat hätten entschieden, 1 Mio. € unter der Vorgabe einer bürgerlichen Stiftung zur Verfügung zu stellen. Davon sei man zum Teil meilenweit entfernt gewesen. Die Kirche habe lange auf eine rein kirchliche Stiftung bestanden und mache dies zum Teil noch heute. Es sei nun Frage, welcher Kompromiss möglich werde. Die Verhandlungen seien noch am Laufen und es liege eindeutig nicht an der Stadt, dass noch kein Ergebnis vorliege.

EBM Wersch fügt an, im gewählten Konstrukt lägen die operativen Rechte beim Träger. Es sei viel in Bewegung zum Hospiz und es fänden Verhandlungen verschiedener Institutionen zum geplanten Standort und in wessen Eigentum das Hospiz sein solle statt. Er bestätigt, dass die Stiftungslösung einen Wellengang vollzogen habe. Offensichtlich sei ein Teil auf kirchlicher Seite nicht einverstanden damit, dass eine nichtkirchliche Stiftung gegründet werden solle. Er verdeutlicht, dass ein Hospiz schnell realisiert werden könnte, wenn es zwischen den potentiellen Partnern Einigkeit über eine andere Art der Finanzierung geben könnte. Dieser Vorschlag liege bei der St.-Elisabeth-Stiftung. Er habe Herrn Lanz erklärt, dass er sich eine Entscheidung noch vor der Sommerpause vorstellen könnte, was aber eine Reaktion der St.-Elisabeth-Stiftung in den nächsten vier Wochen voraussetzte. Die Gründung eines Hospizes sei nicht von einer Stiftungsgründung abhängig.

TOP 13.4 Verschiedenes: Straßenbaumaßnahmen und anderes

StR Funk bringt vor, derzeit liefen wieder viele Straßenbaumaßnahmen. Am Mittwoch der Vorwoche sei die Stadt lahmgelegt gewesen. Er meint, es wäre eine bessere Koordination erforderlich.

Dann lässt er noch wissen, die Goll'schen-Anlagen seien toll geworden.

Er spricht die Mietnebenkostenabrechnungen an, bei denen den Bürgern durchaus aufgefallen sei, dass die Grundsteuer gesenkt worden sei.

Gemeinderat, 27.04.2009, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	OB Fettback
Stadtrat:	Wiest
Stadträtin:	Buttschardt
Schriftführerin:	Appel
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Kuhlmann